

Denk-Anstöße 2001

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Ausgabe Januar 2001

Fishermen's Friends

Worauf sich die hohen Popularitätswerte des Bundesaußenministers eigentlich stützen, erscheint manch kritischem Zeitgenossen als rätselhaft. Ein Berliner Insider der Macht mokiert sich über die „von Ignoranz und Arroganz geprägte Amtsführung des früheren Teilzeit-Taxifahrers“. Bemerkenswert ist eine Personalpolitik, die erfahrene Diplomaten durch Seiteneinsteiger ersetzt, deren Qualifikation v.a. in der gemeinsamen bewegten Vergangenheit mit Fischer zu liegen scheint. So gehören laut „Capital“ Georg Dick, ehemaliger Genosse bei der militanten Polit-Gruppe „Revolutionärer Kampf“, Frank Heterich, einst Mitglied der maoistischen KPD/AO, und Joschka Schmierer, Mitbegründer des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, dem trauten Führungskreis an.

Vermögensbildung

Altkanzler Kohl verdient sich als Beiratsvorsitzender einer Vermögensberatungsgesellschaft ein Zubrot zur kärglichen Rente. Dem Gremium gehören zwei weitere ehemalige CDU-Minister an. Leuten mit einigermaßen funktionierendem Gedächtnis drängen sich unschöne Erinnerungen an IOS, Bernie Cornfield und Erich Mende auf. Stilfragen spielen offenbar im politischen Metier keine Rolle mehr.

Rating

Das Rating, die betriebswirtschaftliche Bewertung von kreditnehmenden Betrieben, wird nach aller Voraussicht insbesondere im Bereich mittelständischer Unternehmen zu erheblichen Konsequenzen führen. Vor allem Schuldner mit knapper Eigenkapitaldecke werden schnell in schwere See geraten, wenn das branchenkonjunkturelle Umfeld Umsatzrückgänge und Liquiditätsengpässe auslöst. Sorge bereitet auch die Frage, inwieweit Rating-Agenturen überhaupt die Voraussetzungen für die Untersuchung von Prüfungskriterien wie der Geschäftsführungsqualität erfüllen können. Auch und gerade in der konjunkturell geprägten SHK-Branche ist mit erheblichen Flurschäden zu rechnen, die sich in einem Anstieg von Insolvenzen und Übernahmen niederschlagen dürften.

Kirchen als Auftraggeber

Die Zeitschrift „Impulse“ wies kürzlich darauf hin, dass die Kirchen mit einem jährlichen Auftragsvolumen von rund 5 Mrd. DM zu den interessantesten Geschäftspartnern für mittelständische Betriebe zählen. So betreibe allein die Caritas

im Auftrag der 27 katholischen Bistümer 26.000 soziale Einrichtungen, darunter 778 Krankenhäuser, 1812 Altenheime und 724 Behinderteneinrichtungen. Die 24 diakonischen Werke der evangelischen Kirche unterhalten sogar 31.000 Einrichtungen dieser Art. Weitere Informationen über die Spielregeln dieses Geschäfts können kostenfrei per Fax bei T&P (0202-97010-50) abgerufen werden.

Rechtsfreie Räume

Arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen denaturieren zunehmend zum Korrektiv vermeintlicher sozialer Benachteiligungen. Selbst bei eigentlich glasklaren Rechtsverhältnissen bleibt Arbeitgebern häufig nur noch die Chance zum mehr oder weniger faulen Kompromiss eines Vergleiches. Auch im Mietrecht kann oft von „Waffengleichheit“ keine Rede mehr sein. Der Mieter als die angeblich schwächere Partei kann selbst bei erheblichen Vertragsverletzungen mit Verständnis des Gerichtes rechnen. Die tendenzielle Aushöhlung von Gesetzen durch die Rechtssprechung scheint für die Politik kein Thema zu sein.

Balkanisierung

Auf mehr als 10 Mrd. DM taxieren Fachleute die Schäden in der öffentlichen Bauwirtschaft, die durch Korruption in Form von Bestechung und unzulässigen Absprachen verursacht werden. Die Zahl der Ermittlungsverfahren ist von 258 in 1994 auf 1034 in 1999 gestiegen. Die Dunkelziffer ist eklatant. Der Kölner Soziologe Erwin Scheuch geht von jährlich 100.000 Korruptionsfällen in deutschen Amtsstuben aus. Parallel dazu wächst die Abneigung korrekter Betriebsinhaber, sich überhaupt noch an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen.

Zeitenwende

Als historisch beispiellos bezeichnet das „manager magazin“ die demografische Entwicklung in Deutschland. Die Kombination von permanentem Geburtenrückgang mit rapide steigender Lebenserwartung stelle Bürger, Unternehmen und Regierungen vor ganz neue Überlebensfragen. Offen sei, ob das jetzige Wohlstandsniveau dauerhaft gehalten werden könne oder ob ein langes Siechtum der westlichen Welt bevorstehe. (Weitere Informationen kostenfrei per Fax-Abruf bei T&P Fax Nr. 0202-97010-50.)

Geht's gut?

Es gehört zum gesellschaftlichen Ritual, Freunde, Verwandte und Bekannte nach ihrem Wohlbefinden zu befragen. Aber so richtig wissen will es eigentlich niemand mehr. Wer die Frage naiverweise ernst nimmt und zu einer ausführlicheren Beantwortung ansetzt, erntet meist Erstaunen und Ablehnung. Die allgemeine Ego-Zentrierung und Schnelllebigkeit lassen offenbar kaum noch Platz für echte Teilnahme am Schicksal anderer Leute.

Ausgabe Februar 2001

Baukonjunktur 2001

Das erste Jahr des dritten Jahrtausends steht in puncto Bau und Ausbau unter keinem guten Stern. Während das Bruttoinlandsprodukt seit 1995 um real 8% gestiegen ist, sind die Bauinvestitionen im selben Zeitraum preisbereinigt um 10% zurückgegangen. Seit 1995 hat das Bauhauptgewerbe, das damals 1,4 Mio.

Mitarbeiter beschäftigt hat, 20% der Arbeitsplätze verloren. Stark rückläufige Baugenehmigungen und Finanzierungszusagen bringen nun auch den verbliebenen Konjunkturmotor Eigenheimbau immer mehr zum Stottern. Der Bundesverband Deutscher Fertigbau (BDF) hat die Bundesregierung daher aufgefordert, zur Vermeidung weiterer Flurschäden das Wohneigentum in das Vermögensaufbaugesetz einzubeziehen, die 1999 erfolgte Reduzierung der Einkommensgrenzen für die private Eigenheimförderung rückgängig zu machen, die Höherbewertung von Grundbesitz im Rahmen der Grundsteuerreform zu verhindern sowie die angedachte Senkung der Eigenheimzulage für Neubauten und Überlegungen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu begraben. Warum verfügt die SHK-Branche eigentlich noch nicht über Strukturen zur Wahrnehmung einer schlagkräftigen Lobby-Arbeit?

Mietwohnungsbau

Defizite beim Wohnungsneubau kritisiert der Deutsche Mieterbund (DMB). Er erwartet Mietsteigerungen, die in Großstädten mehr als 4% erreichen sollen. Laut DMB wurden im Jahr 2000 nur 140.000 Mietwohnungen errichtet, was gegenüber 1999 einen Rückgang um über 16% ausmache. Für 2001 erwartet der Verband eine weitere Abschwächung auf 125.000 Einheiten. Hier bietet sich ein strategischer Verbündeter an, um Druck auf die Politik auszuüben.

Öffentlicher Sanierungsstau

Einen „erheblichen Sanierungsstau“ bei den öffentlichen Gebäuden beanstandet die Architektenkammer NRW. Die vom größten Bundesland für 2001 budgetierten 630 Mio. DM zur Pflege und Sanierung von Verwaltungsgebäuden, Hochschulen und Kliniken seien „angesichts der katastrophalen Lage nur ein Tropfen auf den heißen Stein“. Selbst der grüne Landesbauminister Michael Vesper habe einen Investitionsbedarf von rund 6 Mrd. DM eingeräumt. Seit 1994 sind die öffentlichen Bau-Investitionen doppelt so stark zurückgegangen wie die gesamte Bautätigkeit. Derzeit fließen nur noch 5% der kommunalen Ausgaben in den Bausektor. Auch die Architekten wären gute Partner für gemeinsame Lobby-Arbeit.

Modernisierungsbedarf

Der Zustand der Wohnhäuser lässt zu wünschen übrig. 20% der westdeutschen und 34% der ostdeutschen Eigentümer bezeichnen ihre Objekte als teilweise oder völlig renovierungsbedürftig. Noch kritischer sind die Mieter: 41% der westdeutschen und 47% der ostdeutschen Mieter sehen Handlungsbedarf.

Renovierungskosten

Ebenso pragmatisch wie bauherrenfreundlich hat das Finanzgericht Nürnberg entschieden. Tenor: Der Austausch und die Erneuerung von Heizung, Fenstern, Fußböden, Bad und Installation in einem Zweifamilienhaus sind typische Erhaltungsmaßnahmen. Folglich seien die Kosten im Jahr der Zahlung in voller Höhe als steuerliche Werbungskosten absetzbar und nicht als anschaffungsnahe Herstellungskosten mit jährlicher Abschreibung von 2% zu behandeln. Da das zuständige Finanzamt gegen diese Entscheidung Revision eingelegt hat, hat jetzt der Bundesfinanzhof das letzte, hoffentlich zustimmende Wort.

Zweiturlaub

Während das Interesse am „Zweitbuch“ nachlässt, gehört der Zweiturlaub längst zum allgemeinen sozialen Besitzstand. In der Wintersaison 1999/2000 haben die

Bundesbürger über 39 Mrd. DM urlaubsbedingt im Ausland springen lassen. Warum gelingt es den Sanitär-Profis eigentlich nicht, sich ein Stück von dieser Kaufkraft abzuschneiden? Die Nutzwertalternative „20 Jahre Badvergnügen statt 20 Tagen Urlaub“ müsste eigentlich zu vermitteln sein.

Vier-Sterne-WC

Die chinesische Hauptstadt Peking, die jährlich über 2 Mio. ausländische Touristen empfängt und sich um die Austragung der Olympischen Spiele 2008 bewirbt, will den Zustand ihrer berüchtigten öffentlichen Toiletten verbessern. Im Rahmen eines Zwei-Jahres-Plans sollen die 452 WC-Häuser auf Vordermann gebracht und klassifiziert werden. Ein Vier-Sterne-Häuschen muss über Granitboden, Musikprogramm und automatische Spülung verfügen.

Crash auf Raten

Im Jahr 2000 mussten die Deutschen schmerzhaft lernen, dass Aktienkurse nicht naturnotwendig nach oben gehen. Vor allem die Fans des Neuen Marktes mussten einen Crash auf Raten verkraften. Altmeister André Kostolany hat das komplizierte Börsengeschehen mit dem ihm eigenen Charme einmal so beschrieben: „Die ganze Börse hängt davon ab, ob es mehr Aktien gibt als Idioten oder mehr Idioten als Aktien.“ Nun denn: neues Spiel, neues Glück!

Ausgabe März 2001

Euro-Skepsis

Die Bargeld-Premiere des Euro im Januar 2002 wirft ihren Schatten voraus. 62% der Bundesbürger haben die Einführung der neuen Gemeinschaftswährung kürzlich als „nicht gut“ bezeichnet. Die Zahl der Skeptiker, die Nachteile vom Euro erwarten, ist seit März 2000 um 8% gestiegen. Ist es eigentlich demokratisch legitim, wenn die Berliner Allparteien-Koalition eine derartig schwerwiegende Zukunftsentscheidung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzt?

Euro-Werbung

80 Mio. Euro kostet die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in Auftrag gegebene Kampagne, die die Akzeptanz der neuen Gemeinschaftswährung bei den Bürgern erhöhen soll. In der Fachzeitschrift „W&V“ zitierte Werbestrategen bezeichneten die erste Anzeigenserie als „grauenhaft“, „Null-Kommunikation“ bzw. „Kommunikations-Desaster“. Durch die auf mehr oder weniger beliebige Schlagworte wie „Freiheit“ und „Sicherheit“ focussierten Anzeigen sehen sich Kritiker in der Annahme bestätigt, dass es beim Euro zumindest aus deutscher Sicht an überzeugenden Vorteils-Argumenten fehle.

Inder und Kinder

Selbst bei einer durchschnittlichen Zuwanderung von 140.000 Ausländern pro Jahr wird die Zahl der Einwohner Deutschlands von derzeit 83 Mio. bis 2050 auf 66 Mio. sinken. Parallel dazu wird die Zahl der Erwerbspersonen zwischen 20 und 60 Jahren von jetzt 40,6 Mio. auf 27,3 Mio. zurückgehen. Bei allem Verständnis für mehr oder weniger realistische Immigrationsmodelle: Wo bleibt die wirksame Polit-Initiative zur Familienförderung, um die Deutschland AG samt Renten- und Sozialsystem langfristig zu sichern?

Altersweisheit

Altkanzler Helmut Schmidt spricht sich in der „Zeit“ für den Erhalt der „erkrankten Glanzleistung Wohlfahrtsstaat“ aus. Dafür notwendig seien die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Abbau der durch Überregulierung selbst verschuldeten Massenarbeitslosigkeit und die Förderung der „Kinderfreudigkeit“.

Deregulierung

Klartext spricht Anton Börner, der neue Präsident des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels in einem Interview. Börner wörtlich: „Wenn wir unsere Arbeitswelt von dem Wust an Gesetzen befreien, werden wir eine gewaltige Dynamik erleben, die uns einen Wohlstandsschub bringt.“ Die derzeitige Annäherung der Bundesregierung an traditionelle Gewerkschaftspositionen berechtigt allerdings kaum zur Hoffnung.

Preisverhau?

Der Wegfall von Rabattgesetz und Zugabeverordnung wird mancherorts etwas blauäugig als Beitrag zur Stärkung der Marktwirtschaft bejubelt. Die Verbraucherzentrale munitioniert die Käufer mit der aufmunternden Botschaft, bei Möbeln, Küchen und Haushaltsgeräten seien zwischen 14,7% und 16,4% Nachlass zu erfeilschen. Eine Darstellung der Rabatt-Chancen und –Risiken kann kostenfrei angefordert werden bei T&P (Fax 0202-97010-50).

Wellness

121,5 Mrd. DM gaben die Bundesbürger 1999 für Gesundheit und Wohlbefinden aus. Auf Platz 1 rangierte der Bereich Fitness und Sport mit 29,7 Mrd. DM, auf Platz 8 die Branche Sanitärerausstattung und Sauna mit 0,4 Mrd. DM. Zum vergleich: Allein für einschlägige Bücher und Zeitschriften klingelten 1,6 Mrd. DM in den Kassen. Warum gibt es in der Sanitärbranche noch keine Koop-Marketing-Initiative zur erfolgreichen Vermarktung dieses wachstumsträchtigen Zukunftsthemas?

Goldener Handschlag

27,8 Mio. DM Abfindung und 32 Mio. DM „Anerkennungsprämie“ hat Klaus Esser, Ex-Chef von Mannesmann, im Zusammenhang mit der Übernahme durch Vodafone kassiert. Dieses exorbitante Handgeld wirft in mehrfacher Hinsicht Fragen auf. Möglicherweise ein Fall für die Staatsanwaltschaft und Börsenaufsicht.

Wertewelt 2010

Es gibt hierzulande keine Moral-Instanz mehr, die richtungsweisend ist für die Vermittlung von Wertvorstellungen. Kirchen, Politiker und Kulturschaffende entziehen sich dieser Aufgabe ebenso wie Eltern, Schulen und Medien. Zu diesem Fazit kommt Prof. Opaschowski in seiner neuen Studie „Deutschland 2010“. Der Zukunftsforscher weiter: „Das Plädoyer für mehr Gemeinsinn muss mehrheitsfähig gemacht werden, wenn westliche Wohlstandsgesellschaften eine lebenswerte Zukunft haben wollen.“

Renovierungspotential

Eine interessante Untersuchung des Renovierungsmarktes hat das „Handwerk-Magazin“ kürzlich veröffentlicht. Darin enthalten ist eine nicht nur für Marktforscher nützliche Übersicht der Wohneinheiten in den einzelnen Bundesländern, selektiert nach Altersgruppen der jeweiligen Wohnungsbestände. Weitere Informationen kostenfrei per Fax 0202-97010-50 bei T&P.

Merger of Equals

„Lass uns fusionieren zur Firma Ham & Eggs“, schlug die Henne dem Schwein vor.

Ausgabe April 2001

„Freibier-Kanzler“

nennt das „Manager-Magazin“ den gegenwärtigen Amtsinhaber mit kritischem Blick auf dessen Kompromissbereitschaft gegenüber Lobby-Gruppen. Die „Wirtschaftswoche“ bezeichnet die wahltaktischen Zugeständnisse gegenüber den Gewerkschaften bei der ideologisierten „Reform“ des Betriebsverfassungsgesetzes als „Anschlag auf die Wirtschaft und den Standort Deutschland.“ Wo bleibt das überzeugende Konzept für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit? Und wo bleibt die wirtschaftspolitisch ernstzunehmende Kanzler-Alternative der Opposition?

Sozialleistung

Seit der Wiedervereinigung sind die Sozialleistungen in Deutschland von 726 Mrd. DM auf 1,3 Billionen DM (in 1999) gestiegen. Damit hat die Sozialleistungsquote ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes erreicht. Warum geht es nur so schwer in die Köpfe vieler Politiker, dass der Erhalt des Sozialstaats eine prosperierende Wirtschaft voraussetzt? Dass hier kein unauflösbarer Widerspruch besteht, zeigt das Beispiel Schweden, wo sich die Produktivität der Industrie zwischen 1990 und 1999 um 46% verbessert hat. Zum Vergleich: Westdeutschland hat in diesem Zeitraum um 27% zugelegt.

Baumarkt-Realitäten

Durchwachsen verlief das Geschäftsjahr 2000 auch für die Bau- und Gartenmärkte. Zwar erhöhten sich die Umsätze in Märkten mit mehr als 1.000 qm laut BHB um 3% auf 33,55 Mrd. DM. Bei flächenbereinigter Betrachtung ergab sich jedoch ein Minus von 2%. Sanitär und Heizung machten einer GFK-Untersuchung zufolge rund 10% der realistischen Gesamtumsätze aus. Eine aktuelle Übersicht von Baumärkten und Verkaufsflächen, gegliedert nach Bundesländern, kann per Fax 0202-97010-50 kostenfrei bei T&P angefordert werden.

Barrierefrei

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland wird einer DIW-Studie zufolge von 1,93 Mio. Betroffenen in 1999 bis 2020 um 50% auf 2,94 Mio. Menschen und bis 2050 um 150% auf dann 4,73 Mio. Personen zunehmen. Hinzu kommt der überproportional wachsende Anteil von sich selbstversorgenden alten Menschen, die möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben wollen. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, der derzeit bei 22% liegt, wird sich bis 2050 auf etwa 37% erhöhen. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich in diesem Zeitraum von jetzt 4% auf 12% verdreifachen. Hat sich die Sanitärbranche schon hinreichend auf die hier bestehenden Wachstumspotentiale eingestellt?

Headhunter

Gute Führungskräfte sind rar. Bei vielen Headhuntern ist vor diesem Hintergrund eine Verwilderung der Sitten festzustellen. Der Bundesgerichtshof hat jetzt ein Urteil

des OLG Stuttgart bestätigt, demzufolge Abwerbungsversuche am Arbeitsplatz per Telefon oder E-Mail unzulässig sind.

Zweit-Handy

Im Jahr 2003 soll es – einem Verband zufolge – in Deutschland mehr Handys als Einwohner geben. Der Trend gehe zum „Zweit-Handy“. Es ist schon bemerkenswert, wie es hier gelingt, Zeitgeist-Produkte – zunehmend unabhängig vom realen Bedarf – über den Anschlag hinaus zu vermarkten.

e-Europe

Ist das World Wide Web ein Auslaufmodell? Schon finden intensive Forschungsarbeiten für das neue Netz statt: GRID wurde das Projekt getauft, das eine Datenautobahn ohne Tempolimit ermöglichen soll. Am Rande bemerkt: Der E-Commerce-Handelsumsatz, der im Jahr 2000 in Europa 17 Mrd. ausmachte, soll nach EU-Schätzungen bis 2003 auf 340 Mrd. steigen.

Design-Piraten

Die Rechtsposition von Schutzrechtinhabern gegenüber Plagiatoren ist jetzt vom BGH verbessert worden. Grundsätzlich hat der Rechtsverletzer den erwirtschafteten Gewinn an den Kläger herauszugeben, der allerdings bisher durch Abzug von Gemeinkosten mehr oder weniger beliebig reduziert werden konnte. Das ist ab sofort nicht mehr möglich. Damit gewinnt die Sanktion des Schadensersatzes deutlich an Abschreckungskraft.

Marketing

Eine nützliche Informationsbroschüre über die aktuelle Marketing-Literatur haben die Verlage C.H. Beck/Vahlen (München) herausgegeben. Das Kompendium ist kostenfrei über den Buchhandel zu beziehen.

Frage der Größe

„Elefanten-Haus“ nennen Berliner Taxifahrer das recht monumental ausgefallene neue Bundeskanzleramt in mehr oder weniger freundlicher Erinnerung an Altkanzler Helmut Kohl, der während seiner Amtszeit die baulichen Dimensionen bestimmt hat.

Problem oder Lösung?

Geschäftliche Meetings unterliegen eigenen Gesetzmäßigkeiten und Ritualen. Robert Jungk hat einmal angemerkt: „Bei manchem Sitzungsteilnehmer muss man sich fragen: Hilft er bei der Lösung oder gehört er zum Problem?“

Ausgabe Mai 2001

Im Tal der Tränen

Der tiefste Punkt ist bei der Wohnungsbaukonjunktur noch nicht durchschritten. Die Zahl der im Jahr 2000 erteilten Wohnungsbaugenehmigungen ist gegenüber dem Vorjahr um 20% auf 348.500 Einheiten gesunken. Damit war im sechsten Jahr in Folge ein Rückgang der Baugenehmigungen zu verkräften. Die Konsequenzen schlagen sich direkt im Bau- und Ausbauhandwerk nieder, wo in 2000 der Umsatz um 4% und die Beschäftigtenzahl um 4,8% rückläufig waren. Für das laufende Jahr erwarten nur noch 13% der Betriebe steigende Umsätze. Einer DIW-Prognose

zufolge werden die Wohnungsbau-Investitionen in 2001 um 4,4% auf 257 Mrd. DM nachgeben. Konjunkturforscher sehen hier noch kein Licht am Ende des Tunnels.

„Tag des Wassers“

Der international proklamierte „Tag des Wassers“ fand am 22. März erneut unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Lediglich das Statistische Bundesamt bemühte sich, das „Ereignis“ mit einigen drögen Zahlen den Medien näher zu bringen. Warum nutzt die Sanitärbranche eigentlich nicht die Chance, sich über dieses zentrale Zukunftsthema als international führender Problemlöser beim sparsamen Umgang mit Wasser besser zu profilieren?

Flexibel im Geiste

Der deutsche Wassermarkt als letztes großes Monopol gerät zunehmend in die Liberalisierungsdiskussion. Auf 500 Mrd. DM schätzt die Deutsche Bank den Aufwand für die Reparatur der öffentlichen Leitungssysteme. Die 6655 kommunalen Wasserversorgungsunternehmen mit ihren 17.849 Wasserwerken verfügen trotz der im internationalen Vergleich rekordverdächtigen Wasserpreise nicht annähernd über diese Mittel. Ganz vorne in der Privatisierungslobby agiert übrigens Gundula Röstel, die ehemalige Vorsitzende der Grünen, die inzwischen in die Dienste der Gelsenwasser AG getreten ist.

Politik & Konjunktur

Die Erwartung der Unternehmen an hilfreiche Flankierungen durch die Politik hält sich in engen Grenzen. Als zusätzliche Belastungen der ohnehin äußerst flauen Neubaukonjunktur erweisen sich das neue Mietrecht und die von einigen Bundesländern geforderte Erhöhung der Erbschaftssteuer. Warum müssen Politiker eigentlich nicht für die Folgen Ihres Tuns einstehen?

Und wie lange behält das Basta-Dekret des Bundeskanzlers in Sachen Erbschaftsteuer Gültigkeit?

Kyoto

Die Wende der US-Regierung in der Klimapolitik hat mehr als gefährliche Signalwirkung. Das Kyoto-Protokoll sei „tot“, zitiert die FAZ die Leiterin der amerikanischen Umweltbehörde. Die Vereinigten Staaten, für mehr als 30% der weltweiten Treibhausgase verantwortlich, entziehen sich ihrer Verantwortung als globale Führungsmacht. Führung wohin?

Strategie-Basis

Architekten und Planer verkörpern für viele SHK-Hersteller aus Marktforschungs-Blickwinkel weitgehend unbekannte Wesen. Ein führender Sanitär-Produzent hat jetzt eine repräsentative Befragung dieser wichtigen Entscheider und Meinungsbildner in Auftrag gegeben. Untersucht werden dabei vorrangig der Stellenwert privater Bäder, sanitäre Anforderungsprofile im öffentlichen und gewerblichen Bereich, das Informations- und Ausschreibungsverhalten sowie die Bedeutung von Qualität, Preis und Design für die Produktauswahl.

Produkthaftung

Weitreichende Folgen für deutsche Manager kann das bisher nur in Fachkreisen beachtete BGH-Urteil haben, demzufolge Geschädigte Produkthaftungsansprüche nicht nur gegen Unternehmen, sondern auch gegen verantwortliche Mitarbeiter geltend machen können.

Arbeitswillig?

66% der westdeutschen und 40% der ostdeutschen Bundesbürger sind der Auffassung, daß viele Arbeitslose gar nicht arbeiten wollen. Und 72% der Westdeutschen und 60% der Ostdeutschen sprechen sich dafür aus, daß Arbeitslose zu gemeinnützigen Tätigkeiten verpflichtet werden sollen. Zur Abrundung: Die Arbeitslosigkeit hat den Staat 1999 150,4 Mrd. DM gekostet, also rund 36.700 DM je Arbeitslosen.

Einsichten

Ein früherer Bundesminister stellte in einem momentanen Anflug von Selbsterkenntnis fest: „Bei Wissenschaftlern sind die Einsichten größer als die Wirkungsmöglichkeiten. Bei Politikern ist es umgekehrt.“

„Bleiben Sie dran!“

Dieser Standardappell zählt zu den penetrantesten Belästigungen im Sendebereich der privatwirtschaftlichen TV-Anbieter. De facto dürfte die Wirksamkeit dieser Aufforderung mittlerweile jedoch längst kontraproduktiv sein. Signalisiert sie doch dem Zuschauer den Beginn eines meist als lästig empfundenen Werbeblocks, der gerne zur Aktualisierung der Bier-Logistik oder zur Verrichtung körperlicher Geschäfte genutzt wird. Auch eine Art von Pawlow'schem Reflex.

Ausgabe Juni 2001

Spaß muß sein

Der durch alle Medien geisternde Begriff „Spaßgesellschaft“ hat gute Chancen, zum Unwort des Jahres zu werden. Auch wer hauptberuflich dem blanken Hedonismus frönt, darf es sich ungestraft in der sozialen Hängematte gemütlich machen. Des Kanzlers (an sich selbstverständliche) Feststellung, es gäbe kein Recht auf Faulheit, wird im linken Spektrum scharf kritisiert. Ein 15-jähriger Gewalttäter, der bei der schon traditionellen 1. Mai-Randale nach eigenen Aussagen zum dritten Mal mitgewirkt hat, auf die Reporter-Frage nach seinen Motiven wörtlich: „Es macht Spaß, Steine zu werfen.“

Mogelpackung

Die von interessierten Seiten hochgelobte Steuerreform erweist sich zumindest für den Mittelstand als Nullnummer. Während Kapitalgesellschaften seit Anfang des Jahres auf einbehaltene Gewinne nur noch 38,6 % (bisher 51,8 %) Steuern zahlen, verlangt der Fiskus von persönlich haftenden Unternehmern immer noch bis zu 51,2 %. Hinzu kommt die Verschlechterung der Abschreibemöglichkeiten. Aber auch Otto Normalverbraucher staunt allmählich über das fiskalische Do-des-Prinzip: Erhöhte Öko- und KFZ-Steuern reduzieren die Netto-Entlastung zunehmend auf marginale Größenordnungen.

Tabu

Die heiße Diskussion darüber, ob man stolz sein dürfe, Deutscher zu sein, ist in dieser Form wohl nur in unserem Land mit seinen zeitgeschichtlichen Hypothesen möglich. Die Angst vor internationalen Sensibilitäten führt zu einer psychopathischen Tabuisierung von an sich legitimen Identifikationsbedürfnissen. Der französische

Außenminister zu diesem vorweg eilenden Gehorsam: „Die Deutschen sollten selbstbewußt sein. Sie neigen dazu, über Fragen zu grübeln, die ihnen andere gar nicht stellen.“

Ost-Erweiterung

In drei Jahren will die EU die ersten sechs osteuropäischen Länder aufnehmen. Bis 2008 sind zwölf Beitritte zu erwarten. Einer neuen Studie zufolge dürfte die EU-Erweiterung mindestens 420 Mrd. Euro kosten. Deutschland wäre nach dem bisherigen Schlüssel mit 118 Mrd. Euro dabei. Wie dies zu finanzieren ist, wird derzeit – wenn überhaupt – hinter verschlossenen Türen diskutiert. Fachleute halten eine Neuauflage des Solidaritätszuschlags über 20 Jahre und länger nicht für ausgeschlossen. Ein eklatantes Beispiel dafür, wie in der Politik gelegentlich mit ungedeckten Schecks geplant wird.

Value Reporting

Die turbulente Börsenentwicklung der letzten Monate hat erhebliche Informationsdefizite bei der Bewertung von Unternehmen aufgezeigt. Als Alternative zur herkömmlichen Berichterstattung hat jetzt Price Waterhouse Coopers eine interessante Methode vorgestellt, die eine neue Qualität des „Value Reporting“ mit standardisierten, branchenspezifischen Formen und Inhalten eröffnet. Kernidee ist dabei, durch mehr Transparenz für höhere Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei Anlegern und Analysten zu sorgen. (Weitere Informationen im Internet via www.pwcglobal.com/de/Publikationen)

Wohnungsbau

Die Bundespolitik – so ein Funktionär aus dem Bereich der gewerblichen Wohnungsbauunternehmen – mißbrauche die Wohnungswirtschaft „als Steinbruch für die Erreichung großer Reformwerke in der Steuer-, Sozial- und Rechtspolitik“. So habe die Steuerreform die Eigenheimförderung beschnitten und die Kapitalanlage in Wohnungen erschwert, die Mietrechtsreform belaste die Eigentümer und senke die Motivation von Investoren. Außerdem diskriminiere die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge das Wohneigentum.

Teures Wohnen

Das Wohnen beansprucht immer größere Anteile der verfügbaren Haushaltseinkommen. So sind beispielsweise zwischen 1996 und 2000 die Kosten für Heizöl um 83%, für Müllabfuhr um 28%, für Wasserversorgung um 16% und für Abwasser um 14% gestiegen. Billiger wurden nur Haushaltsgeräte, Strom und Telekommunikation. Diese zum Teil über regulierte Märkte erzwungene Umverteilung beschneidet das reale Marktvolumen anderer Konsumbereiche.

Privatissimum

Als „Schaf im Wolfspelz“ bezeichnet ein namhafter Bundespolitiker im trauten Kreis einen parteiinternen Widersacher. Dessen politische Ziele seien im Übrigen „so klar wie die russische Außenpolitik.“ Auch zu den Grundregeln der politischen Meinungsbildung wird ein bemerkenswertes Privatissimum vermittelt: Manche Fragen könne man als Politiker angesichts der komplexen Zusammenhänge nicht einfach mit ja oder nein beantworten. Das gelte schließlich auch für die Frage, ob es zutrefte, daß man vor vier Wochen aufgehört habe, seine Frau zu verprügeln.

Harte Zeiten

„Bauwirtschaft am Abgrund“ titelte eine Tageszeitung nach Vorlage der aktuellen Zahlen durch den Hauptverband der Bauindustrie. Und in der Tat: Im ersten Quartal 2001 sind der Wohnungsbau um 19,3%, der Wirtschaftsbau um 7,4% und der öffentliche Bau um 5,9% zurückgegangen. In Ostdeutschland ist der Wohnungsbau in diesen drei Monaten gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe 41,8% eingebrochen. Die Bundesregierung scheint dieser Entwicklung trotz der absehbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt relativ gelassen zuzuschauen.

Stagflation

Im Mai 2001 sind die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5% gestiegen. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte haben sogar um 5% zugelegt. Gleichzeitig werden die Konjunkturprognosen im laufenden Jahr schneller revidiert als Tinte trocknet. Prächtige Rahmenbedingungen also für eine fatale Verbindung von Stagnation und Inflation. Unter der Überschrift „Alarmstufe rot für Schröder“ formuliert Financial Times zutreffend wirtschafts- und geldpolitischen Handlungsbedarf.

Jurassic Park

Als „Jurassic Park“ voller überholter Vorschriften bezeichnet Roland Berger unseren Arbeitsmarkt. Vieles, was sozial sein sollte, sei in Wahrheit unsozial und ungerecht. Die fortschreitende Überreglementierung habe dazu geführt, dass es in Deutschland seit 30 Jahren keine Vollbeschäftigung mehr gebe. Nur die konsequente Liberalisierung des Arbeitsmarktes nach dem Beispiel von Holland, England, USA und Schweden ermögliche eine nachhaltige Trendwende. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Basel II

Schon im vergangenen Jahr erfolgte an dieser Stelle der Hinweis auf unabsehbare Flurschäden in der mittelständischen Wirtschaft infolge des Kredit-Ratings der Banken. Jetzt melden sich auch die Verbände in der gebotenen Deutlichkeit zu Wort. So warnt BGA-Präsident Anton Börner davor, dass die Folgen von Basel II „drastischer seien als die Währungsreform“. Er rechne damit, dass „ein Viertel der deutschen Mittelständler nach 2004 nicht überleben“ werde. Zur Problemlösung schlägt Börner vor, das Eigenkapital der Firmen mit Hilfe von Mittelstandfonds aufzustocken. Dafür müsste jedoch das Kapitalanlagegesellschaftsgesetz geändert werden.

Dickes Fell

Landesbanken verkörpern seit langem bevorzugte Spielwiesen für die unzulässige Vermengung von Polit-, Partei- und Privatinteressen. Als besonders unrühmliche Beispiele für Filzokratie gelten die Westdeutsche Landesbank und – ganz aktuell – die Berliner Bankgesellschaft. Im letztgenannten Fall bahnt sich ein Desaster an, dessen Aufklärung schleunigst von der Staatsanwaltschaft übernommen werden sollte. Rücktrittsabsichten der verantwortlichen Politiker waren beim Verfassen dieser Zeilen nicht erkennbar.

Wildwest

in Duisburg: Nachdem der Eigentümer mehrerer Mietshäuser die Umlagen für Energie und Wasser nicht abgeführt hat, fordern die Stadtwerke die schuldlosen Mieter ultimativ mit Fristsetzung auf, sich zu einer Mietergemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung zusammenzuschließen. Anderenfalls – so die Drohung – werde man die Belieferung einstellen. Der Wunsch der Mieter, doch bitte schön nur für die eigenen Versorgungskosten haften zu wollen, findet kein Verständnis. Im Strafrecht bezeichnet man die widerrechtliche „Drohung mit einem empfindlichen Übel“ als Nötigung.

Ganz allgemein

Einen alarmierenden Verfall des Bildungsniveaus an den Schulen beklagt der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz. Auf Sicht führe kein Weg an Eignungstests der Abiturienten in den Hochschulen vorbei. Neben unnötigem Lernstoff gilt der Unterrichtsausfall, der in einigen Ländern bereits dauerhaft die 10%-Marke streift, als zentrales Problem. Beruhigender Kommentar der Präsidentin der Kultusministerkonferenz: „Den Schulen in Deutschland kann man im Allgemeinen ein gutes Niveau bescheinigen.“ Im Allgemeinen vielleicht ...

Ethik

Die Bedeutung ethischer Grundwerte in einer zunehmend orientierungslosen Gesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Merkwürdigerweise reduziert sich die Ethik-Diskussion nach der entsprechenden Rede des Bundespräsidenten vorrangig auf den verantwortbaren Umgang mit den Chancen und Risiken der Biowissenschaften. Diese inhaltliche Verkürzung zeigt, dass die thematische Dimension – trotz Installation eines Ethik-Rates – noch längst nicht überall erkannt worden ist.

Planwirtschaft

Mit erheblichen Änderungen bei der statistischen Erhebung will die Bundesregierung ihrem Versprechen nachkommen, die Arbeitslosenzahl bis zur Bundestagswahl 2002 auf 3,5 Mio. zu senken. Der Bundesarbeitsminister plant, der Einfachheit halber gleich mehrere Gruppen ganz aus dem Zahlenwerk zu nehmen. Wäre doch gelacht, wenn man so nicht zum gewünschten Ergebnis käme. Schon Churchill hat einmal gesagt, er traue nur den Statistiken, die er selbst gefälscht habe.

Ausgabe August 2001

Ruhige Hand

Die konjunkturellen Parameter verschlechtern sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Fast die Hälfte der deutschen Führungskräfte befürchtet mittlerweile eine Rezession. Zwei Drittel erwarten, dass die hohe Inflationsrate vorläufig nicht zurückgeht. Damit ist das schlechteste Stimmungsklima seit März 1999 erreicht. Mit wohlfeilen Sprüchen der Bundesregierung ist dieses Problem nicht mehr in den Griff zu bekommen. Am Rande bemerkt: Auch wer schläft, hat eine „ruhige Hand“.

Performance

Der unregelte Wahnsinn am geregelten Neuen Markt treibt trotz dramatischer

Vermögensvernichtung immer wieder neue Sumpflüten. Da meldet eine Bioinformatikfirma einen Jahresfehlbetrag von 23,9 Mio. € bei einem Umsatz von 23,3 Mio. €. Den danach erfolgenden Kursanstieg um 7% kommentiert ein Wirtschaftsblatt mit: „Die positiven Zahlen wurden vom Markt gut aufgenommen.“ Realsatire in Reinkultur.

„Ich mache mich reich“

Auf Platz 8 der meistverkauften Wirtschaftsbücher rangiert ein Machwerk mit dem unsäglichen Titel „Ich mache Sie reich“. Autor ist ein 29jähriger früherer Bäckermeister. Jetzt scheint „der Mann, der Millionäre macht“ (so die Unterzeile des Buchtitels), mit seinem sehr speziellen Verständnis vom Brötchen Verdienen anzuecken. Zusammen mit einem dubiosen Anlegermagazin soll er über eine Börsenhotline systematisch Kurse von Aktien hochgejubelt haben, die er sich zuvor in sein Privat-Depot gelegt hatte. Die Welt will betrogen sein.

Kann - die - dat?

fragte der „Stern“ in rührender Fürsorge nach einem Treffen von Angela Merkel mit einem erlauchten Kreis deutscher Konzernlenker.

Einfacher Luxus

Als „neue Elite“ werden von interessierter Seite die „BoBos“ hochgeschrieben. Damit sind Bourgeois Bohemiens gemeint, was sich freigeistig mit „Bürgerliche Freigeister“ übersetzen lässt. Typische Vertreter dieser Zielgruppe seien erfolgreiche Akademiker mit Vorliebe für den sanften Konsum. Man gebe sein Geld für ein 8000-Mark-Fahrrad, ein Türgriff-Unikat oder einen Designer-Toaster aus, nicht aber für so vulgäre Nichtigkeiten wie Kaviar oder die eigene Motor-Yacht. Gelobt sei der Luxus der Einfachheit.

Müll-Tourismus

Bis April 2002 werden in vier nordrhein-westfälischen Müllverbrennungsanlagen 200.000 Tonnen Hausmüll aus der italienischen Region Kampanien verbrannt.

Kirchturm-Politik

Die Windkraftnutzung führt zu Glaubenskriegen bei Umweltschützern. Nach Einschätzung des unvergleichlichen Bundesumweltministers könnten bis 2030 bis zu 60% der heutigen Atomenergie durch Windräder erzeugt werden. Dagegen kämpfen allein in NRW bereits 25 Bürgerinitiativen. Bei einer von der FDP unterstützten Tagung begründete ein Repräsentant seine ablehnende Haltung mit dem überzeugenden Argument, ein Windrad „mache Menschen und Tiere nervös“. Manch einen macht auch die typisch deutsche Kombination von Ignoranz und Sendungsbewusstsein nervös.

Auferstanden als Ruine

Die SED-Nachfolgepartei PDS wird von der Berliner SPD salonfähig gemacht. Ein Gesprächspartner, der als jugendlicher DDR-Bürger die Brutalität des Regimes im Zuchthaus Bautzen am eigenen Leibe erfahren hat, versteht die Welt nicht mehr. Was wäre dem auch argumentativ entgegenzuhalten?

Rote Ampel

Das VW-Tarifmodell, durch das 5000 Menschen zum Einheitslohn von 5.000 Mark in Wolfsburg neue Arbeitsplätze finden sollten, ist am Widerstand der Gewerkschaft

gescheitert. Dieser Vorgang belegt mehr als dicke Studien die tiefgreifende strukturelle Verkrustung des deutschen Arbeitsmarktes.

Ungebührlich

Insgesamt 118 Mio. DM an Gebühren kassieren die 51 amerikanischen und deutschen Anwälte, die die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter ausgehandelt haben. Das höchste Einzelhonorar beträgt 34,5 Mio. DM. Der berechtigte moralische Anspruch, mit dem man vehement für die Interessen der Opfer gestritten hat, wird konterkariert durch in dieser Höhe nicht zu rechtfertigende Gebührenrechnungen, die zu einer Zweckentfremdung der Gelder führen.

Bombenstimmung

Der 135 Mio. Dollar teure US-Film „Pearl Harbour“ setzt nicht nur beim kommerziellen Erfolg neue Maßstäbe. Nie zuvor wurde ein kriegerisches Ereignis so gnadenlos vermarktet. Das etwas abgenutzt wirkende Produzenten-Statement, man habe die Schrecken des Krieges zeigen wollen, wird durch die läppische Handlung widerlegt. Der über 40 Filminuten lang gezeigte Angriff der Japaner degeneriert zum aktionsgeladenen Happening. Die „New York Times“ merkte dazu an: „In diesem Film ist der Krieg zwar die Hölle, aber eine sehr lustige.“

Meetings

Eine amerikanische Universität hat per Feldversuch nachgewiesen, dass sich Meetings durch das Fehlen von Sitzgelegenheiten um über ein Drittel der Zeit verkürzen lassen. Zu welchen Ergebnissen würde wohl eine Studie führen, die untersucht, wieviele Meetings schlicht verzichtbar sind?

Ausgabe September 2001

„Mein Abschwung“

Die Konjunktur-Zeichen stehen auf Sturm. Da helfen auch keine zunehmend gereizten „Weiter so“ – Parolen des Bundeskanzlers.

Ebenso wie die Vorgängerregierung hat die jetzige Administration bisher kaum etwas getan, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bleibt die zentrale Aufgabe. Die Fakten sprechen für sich: Beim internationalen Vergleich der Arbeitskosten rangiert Westdeutschland unter 20 Industrieländern auf Platz 1. Bei der Wirtschaftsleistung pro Einwohner liegen wir dagegen gerade noch auf Platz 9 der 15 EU-Mitglieder. Und beim wirtschaftlichen Wachstum hecheln wir 2001 und 2002 den anderen EU-Ländern mit den niedrigsten Zuwachsraten hinterher. Noch schlimmer sieht es für die Bauwirtschaft aus. Während in 14 anderen europäischen Ländern die Bauinvestitionen von 1997 bis 2001 durchschnittlich um 0,8% bis 9,7% zugelegt haben, hat Deutschland auch hier mit einem Rückgang von 0,9% die rote Laterne. Bei der nächsten Bundestagswahl dürfte der Bundeskanzler nicht nur an Arbeitslosenzahlen gemessen werden.

Alles Müller oder was?

Als „ordnungspolitisches Gewissen“ der Bundesregierung möchte sich der parteilose Wirtschaftsminister Müller verstanden wissen. Sein „Wirtschaftsbericht 2001“ enthält eine Reihe sinnvoller Vorschläge und Forderungen zur Reform der sozialen Marktwirtschaft. Welche Realisierungschancen diese Initiative hat, zeigt der sofort

nachgereichte Kommentar des SPD-Generalsekretärs, Müller vertrete nur seine eigene Meinung. Mit Schlagworten wie Neoliberalismus werden konstruktive Ansätze zur Problemlösung im Keim erstickt. Bleibt die Frage: Gewissen oder Alibi?

Die Welt als Dorf

Globalisierung wird immer mehr zum Kampfbegriff. Die Krawalle im Umfeld des G8-Gipfels in Genua werfen grundsätzliche Fragen nach dem Selbstverständnis unserer demokratischen Gesellschaften auf. Können internationale Gipfeltreffen demnächst nur noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden? Generell scheint es mehr als naiv, sich emotional-pauschal gegen die unaufhaltsame Globalisierung zu wehren. Dass „die Welt ein Dorf“ ist, wusste schon Anfang der 70er Jahre der amerikanische Hippie-Philosoph Marshall McLuhan. Die Politik hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Chancen genutzt und Risiken minimiert werden können.

Schlaglicht

Ein Hamburger SHK-Großhandel, der im Mai sein 100jähriges Bestehen gefeiert hat, stellt den Betrieb zum Ende des Jahres ein. Die Geschäftsführer in einem Schreiben an ihre Vertriebspartner: „Die wirtschaftliche Situation ist für mittelständische Händler unerträglich geworden, und die Zukunft verspricht keine Verbesserung, sondern eher noch eine weitere Verschärfung des Preiskampfes.“ Der Brief schließt mit dem bitteren Resümee: „Eine Fortführung des Betriebes hieße nur, weiteres Geld zu vernichten.“ Ein Einzelfall?

Keine heile Welt

Auch den Baumärkten bläst der konjunkturelle Wind ins Gesicht. Praktiker, zweitgrößte Heimwerker-Kette und im Eigentum der Metro, hat im Jahr 2000 operativ einen Rekordverlust von 50 Mio. DM eingefahren. Angeblich will man nun 1000 bis 2000 der rund 16.000 Arbeitsplätze abbauen. Auch die Expansionsgelüste der Branche kühlen deutlich ab. So sind im ersten Halbjahr „nur“ 43 neue Baumärkte eröffnet worden, was die geringste Zuwachsrate seit 10 Jahren darstellt.

„Branche“ im Boom

Die Schwarzarbeit hat 1999 mit einem Gegenwert von 602 Mrd. DM 15,5% des deutschen BIP ausgemacht. Für 2001 erwartet man einen weiteren Anstieg auf 655 Mrd. DM. Wenigstens eine Branche, die prosperiert. Entgegen der Annahme des Berufszynikers Harald Schmidt also kein Anlass für die Schattenwirtschaftler, aus Protest eine Stunde die (Schwarz-) Arbeit niederzulegen.

Alles im Griff?

Im Jahr 2000 sind 3,3 Mio., also 53% der 6,26 Mio. registrierten Straftaten aufgeklärt worden. Man kann es auch anders sehen: Fast die Hälfte der hierzulande begangenen Verbrechen ist ungeahndet geblieben. Dramatisch verschlechtert sich die Bilanz, wenn man die Dunkelziffern der gar nicht angezeigten Verbrechen einbezieht.

Nachfolger gesucht

In mehr als 400.000 mittelständischen Firmen steht ein Generationswechsel an. Doch in etwa 230.000 Unternehmen fehlt der Nachfolger. Jede zweite Firma wird aus Altersgründen an Mitarbeiter, externe Manager oder Investoren verkauft. 7,5% der von älteren Inhabern geführten Betriebe werden sogar stillgelegt. Wenn man sich vor

Augen führt, dass derzeit 36% der 3,6 Mio. Selbständigen in Deutschland älter als 50 Jahre sind, zeigt sich dringender Handlungsbedarf vor allem im Steuerrecht durch die Gleichbehandlung beim Verkauf von Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften.

Bisher nicht?

Originalität des Chefs des Nemax-Unternehmens Intershop: „Was bei uns derzeit intern passiert, ist die Einführung von Old-Economy-Methoden. Wir fragen also: Brauchen wir die Investition wirklich“. Dazu fällt einem nichts mehr ein.

Ausgabe Oktober 2001

Modernisierungs-Reserven

132 Mrd. DM wurden im Jahr 2000 – nach Erkenntnissen einer Hypothekenbank – in Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes investiert. Dies entspricht über 51% des gesamten Wohnungsbauvolumens. Die Banker verweisen darauf, daß mehr als 10 Mio. der insgesamt 13,8 Mio. von Eigentümern genutzten Wohnungen älter seien als 25 Jahre. Gerade bei Sanitär, Küche und Energieeinsparung bestünden noch erhebliche Marktreserven.

Wohnungsneubau in Europa

Der Wohnungsneubau in Europa wird – einer neuen Studie zufolge – zwischen 2001 und 2003 weiter schrumpfen und schon 2002 hinter die Altbauerneuerung zurückfallen. Dazu trägt der Einbruch des Wohnungsneubaus in Deutschland entscheidend bei. Überproportionale Wachstumsraten von über 35% sieht das ifo-Institut vor allem in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Die Studie kann kostenfrei bei T&P unter der Fax-Nummer 970 10 – 50 angefordert werden.

Unbekannte Wesen

Architekten seien für viele Entscheider in der Sanitärbranche bisher nahezu unbekannte Wesen, hat Carl Burkard kürzlich bei der Vorstellung einer repräsentativen Architekten-Befragung angemerkt. Wie ist eigentlich zu erklären, daß Industrie, Großhandel und Handwerk diese wichtigen Meinungsbildner, Empfehler und Entscheider über Jahrzehnte hinweg weitgehend „außen vor“ gelassen haben? Wie auch immer: Keramag hat hier zum Vorteil der gesamten Branche Neuland betreten.

Mehr Beratung und Service

Unter der Überschrift „Sanitärsortiment im Aufwind“ berichtet die Zeitschrift „b + h markt“ über die Marktstudie „Das Bad 2000“, derzufolge die Marktanteile des Sanitärfachhandels weiter, nämlich auf 46,5 % zurückgegangen seien. Dem gegenüber hätten die Baumärkte 32,4 %, der Möbel- und Küchenfachhandel 10,4 und „Sonstige“ (wie z.B. der Versandhandel) 10,7 % erreicht. Grundsätzlich merkt Titze an: „Das Bad wird weder professionell beworben noch vertrieben“. Mit lieblosen Präsentationen und unzureichender Warenkenntnis sei der kritische Kunde nicht zu überzeugen. Mehr Service-Orientierung und Dienstleistung müßten Ziel der Märkte sein. Ideal sei das Angebot von Komplettbädern aus einer Hand, möglichst „mit fester Lieferterminzusage“. Um das zu erreichen, seien allerdings Investitionen in die Qualifizierung des Personals erforderlich. Interessanterweise scheinen jetzt auch die

Baumarkt-Experten zu erkennen, daß „Billig“ allein keine Zukunftsstrategie verkörpert.

Wachstum für wen ?

„Zur Sicherung des gemeinsamen Wachstums“ hat die Karstadt Quelle AG ihren Lieferanten angekündigt, einen Bonus von 2,5 % der Rechnungsbeträge einbehalten zu wollen. Der ZVEI, der hier einen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht sieht, hat das Vorhaben nach erfolgloser Abmahnung per einstweiliger Verfügung gestoppt. Es bleibt abzuwarten, ob es der Konzern darauf ankommen läßt, seinen Umgang mit der Nachfragemacht durch ein Gericht überprüfen zu lassen.

Energisch

In den letzten fünf Jahren ist der Energieverbrauch in Deutschland um 4 % auf 483,6 Mio. to SKE gesunken. Der Mineralölverbrauch ging sogar um 9 % zurück. Zugelegt haben dagegen die Kernenergie (knapp 2 %) und erneuerbare Energien, deren Verbrauch von 8,9 Mio. to auf 13,4 Mio. to gestiegen ist.

Unter Strom

Deutsche Stromkunden haben seit Herbst 2000 etwa 4 Mrd. DM zuviel an die Elektrizitätswerke gezahlt. Das jedenfalls behauptet der Bund der Energieverbraucher. Interessanter Randaspekt: Das Landgericht Berlin hat kürzlich einen örtlichen Stromversorger zur Erstattung überhöhter Gebühren verurteilt, obwohl die Tarife zuvor von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt worden waren.

Versprochen

Wahlversprechen können zum Bumerang werden. Das gilt ganz aktuell für Schröders vollmundige Ankündigungen aus 1998 in puncto Arbeitslosigkeit, Gesundheitssysteme, Alterssicherung und Benzinpreise. Zwischen Versprechen und Versprecher bestehen Unterschiede. Es ist gefährlich, sich auf das schlechte Gedächtnis des Wahlvolks zu verlassen. Offenbar gilt das gebrochene Wort.

Systemvorteile

„Es ist vorteilhafter, in Deutschland Arbeitsloser als in Rumänien Präsident zu sein.“ Zu diesem Schluss kommt Ion Iliescu, rumänischer Staatspräsident, nachdem er hörte, daß ein Arbeitsloser hierzulande 2.300 DM monatlich erhalten kann, während er selbst nur umgerechnet 1.250 DM bekommt.

Ganz hinten

Der französische Finanzminister Fabius hat kürzlich Klartext statt Diplomatsprache gewählt, als er feststellte: „Für den Rückgang unseres Wachstums ist auch die Trägheit unseres deutschen Partners verantwortlich“. Und Hans-Olaf Henkel merkt an: „Früher war die deutsche Wirtschaft Europas Lokomotive. Heute sitzen wir im Bremserhäuschen.“

Ausgabe November 2001

Medien-Rituale

Die Terror-Angriffe auf die USA haben erneut die ritualisierten Verhaltensmuster

mancher Medien erkennen lassen. Zunächst werden Rat- und Fassungslosigkeit, Betroffenheit und Solidarität bekundet. Nach einigen Tagen wird dann die Warnung vor Überreaktionen laut. Im nächsten Schritt bemüht man sich, im Zuge pseudo-intellektueller Hintergrund-Analysen die Verbrechen durch Nachweis einer historischen Mitschuld der Amerikaner zu relativieren, um so die weltanschaulich gewünschte Distanz zu den USA wieder herzustellen.

Prävention oder Vergeltung?

Sprache ist das zentrale Instrument fahrlässiger oder vorsätzlicher Manipulation. Während die US-Regierung nach den Terror-Anschlägen von Reaktion, Prävention und Krieg sprach, wurden diese Begriffe hierzulande häufig mit alttestamentarischen Vokabeln wie Rache und Vergeltung übersetzt. So lässt sich das Bild vom „schießwütigen Cowboy“ trefflich ins Bewusstsein schmuggeln.

Debil

Als „größtes Kunstwerk aller Zeiten“ hat ein namhafter Komponist die Terroranschläge auf die USA bezeichnet. Der Tonkünstler wörtlich: "Was da geistig geschehen ist, dieser Sprung aus der Sicherheit, aus dem Selbstverständlichen, aus dem Leben, das passiert ja manchmal auch in der Kunst. Oder sie ist nichts." Eine erschreckende Offenbarung fortgeschrittener Debität.

EU-Divergenzen

Wie ernst die EU-Länder die Selbstverpflichtung zur Einhaltung rahmenwirtschaftlicher Vorgaben nehmen, zeigt der noch unveröffentlichte Konvergenz-Bericht 2000. Danach verfehlt über ein Drittel der Mitgliedsländer die Obergrenzen bei Neuverschuldung und Inflationsrate. Die Neuverschuldungen in Italien und Belgien liegen fast 100% über den vereinbarten Größenordnungen. Auch bei der Inflationsrate gibt es erhebliche Überschreitungen. Woher soll vor diesem Hintergrund Vertrauen in die neue Währung kommen?

Schlechte Noten

Zu schlechten Benotungen der drittgrößten Industrienation kommt eine Benchmarking-Studie, die Wissenschaftler im Auftrag des Bündnisses für Arbeit vorgelegt haben. Ursächlich für die Schwächen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Wirtschaftswachstum seien ein zu starrer Kündigungsschutz, die hohe Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer und der Rückgang der öffentlichen Investitionen. Diese Ergebnisse hätte wohl jeder mittelständische Unternehmen voraussagen können.

Alles, was Recht ist

Der Judikative kommt als dritter Gewalt im Staat große Bedeutung für die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu. Natürlich dürfen sich die Gerichte nicht an dem vermeintlich gesunden Volksempfinden orientieren, gleichwohl wäre eine gewisse Nachvollziehbarkeit hilfreich. Dass diese oft nicht gegeben ist, zeigen drei aktuelle Urteile aus verschiedenen Rechtsbereichen. In Wuppertal kommt eine junge Mutter, die ihr Baby angeblich „aus Angst vor einem Atomkrieg“ getötet hat, mit einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe davon. Das Kemptener Landgericht weigert sich, die Titulierung „Zigeunerjude“ als Beleidigung zu ahnden. Und das Landesarbeitsgericht Hamm erklärt die fristlose Kündigung eines Mannes, der während einer sechswöchigen „Krankheit“ nachweislich schwarz gearbeitet hat, als unwirksam. Drei Beispiele, die nachdenklich stimmen.

Staatsbetrieb

Die Telekom geriert sich in der Alltagspraxis nach wie vor oft wie eine Behörde, die von Markt- und Kundennähe weit entfernt ist. Wer den werblichen Einflüsterungen, seinen Privatanschluss auf ISDN umzustellen, erliegt, macht höchst erstaunliche Erfahrungen. Die Bandbreite reicht von völliger Inkompetenz bei der gerätespezifischen Beratung über unzumutbare Terminschludereien bis zum völligen Desinteresse der Mitarbeiter. Wie soll diese fossile Organisation erst über die Runden kommen, wenn sie in allen Bereichen einem harten Wettbewerb ausgesetzt ist.

Nur ein Einzelfall?

Ein fast 100 Jahre altes Fachhandelsgeschäft begründet seine Schließung zum Jahresende mit folgender Feststellung: „Ein Haus mit unserer Tradition und Qualität kann und will sich nicht dem Trend beugen, den Verbraucher mit schlechter Ware zum scheinbar günstigeren Preis anzulocken, nur um wettbewerbsfähig zu sein. Da hören wir lieber auf.“

Kaufkraft-Rekord

Trotz der momentan wenig erfreulichen konjunkturellen Perspektiven macht ein Blick auf die Kaufkraft der Deutschen Mut: Das Geldvermögen der Bundesbürger hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt und Ende 2000 mit 7,1 Billionen DM einen neuen Rekordwert erreicht.

Verdrängung

Das Geschäft der Baumärkte unterliegt hierzulande einem immer schärferen Verdrängungswettbewerb. Während statistisch in Deutschland 28 Baumärkte auf eine Million Einwohner kommen, sind es in Großbritannien 18 und in Italien 3. Der Produktbereich Sanitär/Heizung rangiert umsatzmäßig hinter den Warengruppen Holz und Baustoffe auf Platz 3.

Onkel oder Tante

„Ein Onkel, der Geschenke mitbringt, ist besser als eine Tante, die nur Klavier spielt.“ Mit solch launigen Sprüchen pflegt der Bundeskanzler bei seinen Provinzreisen örtlichen Einrichtungen Sach- und Geldgeschenke zu übergeben. Dazu ist anzumerken: Dem Onkel, der Geschenke mit Steuergeldern bezahlt, ist die klavierspielende Tante allemal vorzuziehen.

Ausgabe Dezember 2001

Reformblockade

Niemals zuvor musste eine Bundesregierung ihre konjunkturellen Prognosen so häufig und deutlich reduzieren. War Anfang 2001 noch von 3% Wachstum die Rede, spricht der Finanzminister derzeit etwas kleinlaut von 0,75%. Und immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass die gebetsmühlenartigen Wiederholungen des Bundeskanzlers, es handele sich lediglich um eine „Delle“ infolge der rückläufigen US-Konjunktur, reinem Wunschdenken entsprechen. Welche Probleme kann und will die Regierung bis zur nächsten Bundestagswahl überhaupt noch anpacken? Der HWWA-Präsident hat zutreffend konstatiert: „Der Reformstau hat sich zu einer

Reformblockade ausgeweitet.“

Schwarzmalerei?

Für das deutsche Baugewerbe geht – so das Magazin „Impulse“ – ein „absolutes Horrorjahr“ zuende. Das Bauvolumen, das 1995 mit 584 Mrd. DM noch 17% des BSP ausgemacht hat, sinkt 2001 mit unter 500 Mrd. DM auf 12%. Im August ging der Wohnungsbau in NRW gegenüber dem Vorjahresmonat um 14,6% zurück. Dramatisch zugelegt haben dagegen die Insolvenzen im Baugewerbe des größten Bundeslandes mit 41,4%. Alles nur Schwarzmalerei?

Steuergerechtigkeit

Bei der Besteuerung der Bürger liegt Deutschland – trotz angeblicher Entlastungen – international in der Spitzengruppe der staatlichen Abkassierer. Die Gesamtbelastung bei Steuern und Sozialabgaben macht für eine Durchschnittsfamilie über 49% des Bruttoeinkommens aus. In 2002 will der Finanzminister zusätzliche 3,3 Mrd. DM durch die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer einnehmen. Exakt dieser Betrag wurde nach Erkenntnissen des Steuerzahlerbundes im Jahr 2000 allein auf Bundesebene für verzichtbare Ausgaben vergeudet. Die braven Bundesbürger scheinen dies achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen.

Eigenverantwortung

Im April 1997 hat Bundespräsident Roman Herzog in der seinerzeit stark beachteten Rede „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ den Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft und eine unglaubliche mentale Depression als Stichworte der deutschen Krise bezeichnet. Die dringende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund der Globalisierung gehe mit quälender Langsamkeit voran. Es fehle der Schwung zur Erneuerung, die Bereitschaft, Risiken einzugehen und eingefahrene Wege zu verlassen. Das Problem bestehe nicht in der Erkenntnis, sondern in der Umsetzung. Herzog sprach sich damals für mehr Eigenverantwortung, Senkung der Lohnnebenkosten, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Abbau der Subventionen, Entbürokratisierung und eine zukunftsfähige Steuerreform aus. Was ist seither in diesem Sinne geschehen? Für Liebhaber rhetorischer Meisterleistungen ist die Rede kostenfrei abrufbar bei T&P (Fax Nr. 0202-97010-50).

Panik-Mache

Eine intelligente Abrechnung mit Öko-Aposteln, Weltuntergangspropheten und Medien liefert der Statistiker Prof. Walter Krämer in seinem neuen Buch „Die Panik-Macher“. Anhand konkreter Beispiele dechiffriert er die von interessanter Seite praktizierten Versuche, Ängste und Depressionen in der Bevölkerung zu schüren. Ein lesenswertes Buch für Querdenker mit Bodenhaftung.

Rating-Hypothek

Falls das neue Rating-Verfahren (Basel II) in der vorgesehenen Form ab 2005 Realität werden sollte, wird sich manches Bauvorhaben wegen der Finanzierungsrisiken banktechnisch nicht mehr realisieren lassen. Doch nicht nur Bauherren und Investoren werden künftig mit verschärfter Risikobewertung und erhöhten Kreditkosten zu leben haben, sondern auch (fast) alle mit Fremdmitteln arbeitende Unternehmen der Bau- und Ausbaubranche. Die Konsequenzen in der Praxis sind derzeit nicht absehbar.

In der Mausefalle

Als „Mausefallen-Währung“ hat EU-Kritiker Prof. Wilhelm Hankel den Euro bezeichnet. Er sieht die Gefahr einer Devisenbewirtschaftung durch die Regierungen, die wie ein Damokles-Schwert über dem neuen Geld hänge. Wir werden sehen. Bedenklich ist jedoch die Tatsache, dass es real keinen Weg zurück gibt.

Anreiz-Systeme

„Der Kobra-Effekt“ ist der Titel eines neuen Buches von Horst Siebert, einem der fünf Wirtschaftsweisen. Titelgebender Aufhänger ist dabei eine Begebenheit aus der Kolonialzeit in Indien. Angesichts einer Kobra-Plage setzte der britische Gouverneur eine Prämie für jeden abgelieferten Schlangenkopf aus. Darauf reagierten die Inder mit züchterischer Vermehrung, die zu geregelten Einnahmen führte. Dass derartig verfehlte Anreize auch heute noch die Politik kontraproduktiv bestimmen, zeigt Siebert am Beispiel von Sozialhilfe, Kündigungsschutz, Ökosteuer und Steuerreform. Wohl eines der wichtigsten Bücher des Jahres.

Schöne neue Welt

Sprache entlarvt. Zu den schlimmsten Entartungen der Neuzeit gehört das Wort „Anti-Baby-Pille“. Obwohl dieser Terminus Assoziationen weckt in Richtung „Anti-Mücken-Spray“ und „Unkraut ex“, haben sich die ansonsten allgegenwärtigen Hüter der Political Correctness hierzu noch nicht zu Wort gemeldet. In der aktuellen Biotechnik-Diskussion taucht jetzt der Begriff „Designerbabys“ auf. Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ lässt grüßen.

Gleichwohl – frohe Weihnacht!

Thielenhaus & Partner